

Kreistagsabgeordneter Hans Meyer – Stellungnahme der SPD-Fraktion am 17.12.2015 zum Haushalt 2016

„Auch ich möchte mich vorab bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit an diesem Haushaltsentwurf bedanken. Mein besonderer Dank gilt Herrn Neubert und Herrn Frische für die detaillierten Informationen in der Fraktionsberatung.

Der Haushalt ist vorhin vom Landrat ausführlich dargestellt worden. Deshalb möchte ich mich bei meinen Ausführungen auf wenige Aspekte beschränken.

Uns geht es finanziell hervorragend. Die Summe der ordentlichen Erträge steigt auf ein Rekordniveau von 249 Mio. €. Das sind 22 Millionen mehr als im Haushalt des letzten Jahres veranschlagt. Zudem konnte der Landkreis in den letzten Jahren seinen Schuldenstand von

78 Mio. € in 2006 auf 36 Mio. € in 2015 halbieren. Dies ist auch gut so!

Der Hauptgrund dafür ist die positive wirtschaftliche Entwicklung und die dadurch steigenden Steuereinnahmen, die zu einem größeren FAG-Topf führen. Auch die außerordentlich gute Entwicklung der Städte und Gemeinden bei den Steuereinnahmen spült über die Kreisumlage erheblich mehr Mittel in die Kasse.

Trotzdem gelingt es anscheinend nicht, im Ergebnishaushalt im Jahre 2016 Überschüsse zu

erwirtschaften. Der Landkreis muss laut Plan in diesem Jahr mit einem Defizit von über 21 Mio. € im Ergebnis-haushalt rechnen.

Ist das aber realistisch?

Dazu zunächst ein Blick in die Haushalte der letzten sechs Jahre.

Ich möchte hier die jeweiligen Kreditermächtigungen den tatsächlich aufgenommenen Krediten gegenüberstellen.

Haushalt 2010 Ermächtigung 14,6 aufgenommen 0 Tilgung 3,7 Differenz 18,3

Haushalt 2011 Ermächtigung 10,0 aufgenommen 0 Tilgung 9,1 Differenz 19,1

Haushalt 2012 Ermächtigung 4,7 aufgenommen 0 Tilgung 3,8 Differenz 8,5

Haushalt 2013 Ermächtigung 9,9 aufgenommen 0 Tilgung 4,0 Differenz 13,9

Haushalt 2014 Ermächtigung 8,4 aufgenommen 0 Tilgung 4,0 Differenz 12,3

Haushalt 2015 Ermächtigung 9,9 aufgenommen 0 Tilgung 3,0 Differenz 12,9 +
Jahresergebnis 2015

Wir lagen also im Schnitt 14 Mio. besser als in der Prognose. Ich will das gar nicht in Kreisum-lagepunkte umrechnen. Aber das Schlechtrechnen der Haushalte scheint

Methode zu sein.

Meine Damen und Herren!

Zurück zum Haushalt 2016. Diesen Haushalt werden die enorm ansteigenden Kosten für den Bereich Asylbewerber bzw. Flüchtlinge belasten. Hier erwartet man ein Defizit von fast 24 Mio.

Bei der Finanzierung dieser Summe, müsste man allerdings etwas genauer hinschauen.

Wie der Landrat vornhin ausgeführt hat brauchen wir kein Haushaltskonsolidierungskonzept, da wir das Defizit im Ergebnishaushalt aus den Überschüssen der Vorjahre decken können. Wir haben derzeit 21 Mio. plus das zu erwartende Jahresergebnis 2015 in den Rücklagen. Diese Rücklagen bzw. in geringem Maße Kassenkredite könnten in Anspruch genommen werden, um die Zusatzkosten zwischen zu finanzieren. Wir müssten also am freien Markt wahrscheinlich gar keine Kredite aufnehmen. Das Horrorszenario, dass sich unsere Verschuldung von 36,9 auf 78,4 Mio. € verdoppeln würde, wird also definitiv nicht eintreten. Eher werden wir, wie gesagt, gar keine neuen Kredite aufnehmen müssen.

Zudem ist es so, dass die Kosten für die Asylbewerber vom Land mit einer Verzögerung von 1 ½ Jahren erstattet werden. Gleichzeitig gibt es eine Vorauszahlung. Wir müssen sie also lediglich vorfinanzieren, was uns bei den derzeitigen Zinsen mit max. 100.000,-€ im Jahr belasten würde.

Man muss sich doch auch hier die Frage stellen: Wen belastet der ungebremste Zuzug von Flüchtlingen auf Dauer?

Da ist in erster Linie das Land Niedersachsen zu nennen, das letztendlich alle Kosten in diesem Bereich übernehmen muss und dies auch tut. Dafür ist im Landeshaushalt der Ansatz von 150 Mio. € in 2014 auf 1,3 Mrd. € in 2016 erhöht worden, wobei sich dieser Betrag in der mittelfristigen Finanzplanung noch erheblich steigert.

Deshalb kann ich die hier eben am Land Niedersachsen geäußerte Kritik nicht ganz nachvollziehen. Die rückwirkende Zahlung ist in vielen Bereichen, beispielsweise im Bereich der Sozialhilfe, übliche Praxis und ist auch von den CDU-geführten Landesregierungen nicht anders gehandhabt worden. Was sich aber geändert hat, ist einmal, dass das Land 250 Mio. jährlich als Vorauszahlung leistet und den Auszahlungstermin für die Restsumme vorzieht. Zudem hat sich die Höhe der Pauschale durch die jetzige Landesregierung erheblich verbessert. Während es 2012 unter der schwarzgelben Landesregierung pro Asylbewerber nur 4.826,- € als Erstattung gab (Wo blieb damals eigentlich der Aufschrei der Mehrheitsfraktion?), wurden die Pauschalen auf 6.195,- € in 2015, auf 9.500,- € in 2016 und mind.

10.000,- € ab 2017 mehr als verdoppelt, was für die meisten Kreise mehr als kostendeckend ist.

Diese Pauschalen sind im Haushaltsbegleitgesetz rechtsverbindlich festgelegt und wir könnten sie deshalb, wie in Privatunternehmen üblich und auch nach Aussage des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes sowie des Landesrechnungshofes zulässig, im Ergebnishaushalt, wie im Runderlass vorgesehen, als Forderung auf der Einnahmenseite verbuchen, was zu einer Besserstellung des Haushaltes um 29 Mio. führen würde. Damit hätten wir dann einen Überschuss von rund 8 Mio. € im Ergebnishaushalt.

Kommen wir zur zweiten Ebene, die belastet wird. Das sind die Städte und Gemeinden des Landkreises.

Sie sind diejenigen, die sich um die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge vor Ort kümmern müssen. Das erfordert erheblichen personellen Aufwand von den Verwaltungen und erhebliche zusätzliche finanziellen Kosten für die Betreuung und Integration der Flüchtlinge in Schulen und Kindergärten etc.. Einige dieser kommunalen Aufwendungen werden vom Landkreis nicht erstattet.

Wie sieht es jetzt mit den zusätzlichen, langfristigen Belastungen für den Landkreis aus.

Wie vorhin schon erwähnt, hat der Kreis die Vorfinanzierung der Pauschalen für 1 ½ Jahre zu gewährleisten. Das kostet uns rund 100.000,-€. Zudem haben wir zurzeit im Amtshilfeverfahren vorübergehend die Erstaufnahme mit zu organisieren, was allerdings zu 100 % erstattet wird.

Wie sieht es aber mit den Pauschalen aus?

Der Landkreis geht aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre davon aus, dass pro Flüchtling 8.000,- € an Aufwand nötig sind. Wir bekommen aber für 2016 vom Land 9.500,-€ erstattet. Wir rechnen im nächsten Jahr mit 3.600 Flüchtlingen.

Würde sich das so bewahrheiten, würden wir letztendlich 5,4 Mio. mehr einnehmen als wir ausgegeben haben.

Meine Damen und Herren!

Es kann doch nicht sein, dass wir letztendlich von der Krise profitieren.

Deshalb fordert die SPD-Fraktion, dass ein möglicher Überschuss in den nächsten Jahren auf die Kommunen für ihre Integrationsarbeit verteilt wird. Dies sollten wir schon jetzt als Absichtserklärung beschließen.

Lassen Sie uns beim Kreis mit dem Jammern aufhören und die unterstützen, die wirklich Grund zum Jammern haben.

Solidarität darf keine Einbahnstraße sein. Die Kommunen haben maßgeblich zur

Entschuldung des Landkreises beigetragen. Wir sollten Sie jetzt nicht im Regen stehen lassen.

Schon in diesem Jahr sollten wir als Vorabzahlung an die Gemeinden für eine Entlastung

sorgen. Wir beantragen deshalb eine Senkung der Kreisumlage um 1 Punkt.

Auf Grund der von mir vorhin gemachten Ausführungen zum Haushalt ist ein dadurch entstehendes Defizit von 1,6 Mio. € für uns durchaus vertretbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren.

Lassen Sie mich auf einige Investitionsfelder eingehen.

Wir haben in den vergangenen Jahren viel in den schulischen Bereich investiert. Das war richtig und wichtig, weil es sich dabei um Investitionen in die Zukunft handelt. Die letzten größeren Neubaumaßnahmen, die wir in den letzten Jahren begonnen haben, sind die Sanierung und Erweiterung der BBS Technik am Scheefenkamp in Friesoythe und andere bauliche Maßnahmen. Hinzu kommen künftig sicher noch größere investive Maßnahmen im Rahmen der Inklusion.

Für uns ist es zu begrüßen, wenn neue zusätzliche wohnortnahe Bildungsangebote gemacht werden. Dies gilt sowohl für den berufsbildenden Bereich (hier insbesondere die Einrichtung eines beruflichen Gymnasiums Technik in Friesoythe und zusätzlicher Fachklassen in Cloppenburg und Friesoythe), das gilt auch für den Förderschulbereich (hier die Erweiterung des Schwerpunkts geistige Entwicklung auf den Sek. I Bereich an der Elisabethschule), das gilt aber auch nach wie vor für ein gymnasiales Angebot bei der IGS in Barßel.

Meine Damen und Herren.

Ein zweiter Bereich, in dem wir in den vergangenen Jahren Fortschritte gemacht haben, ist der Bereich der Kinderbetreuung. Die Förderprogramme zum Bau und zum Betrieb von Kinder-krippen zeigen Wirkung. Auch in unserem ländlich strukturierten Raum steigt die Nachfrage nach Betreuungsangeboten. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch im Bereich der Hortplätze, der Ferienbetreuung und der Nachmittagsbetreuung nachlegen. Wir haben zwar die ersten Beschlüsse in dieser Richtung gefasst durch die Beschlüsse zur Finanzierung von Krippenplätzen und der Bezuschussung der Drittkraft in den Gruppen. Die Bezuschussung der Drittkraft wird dankenswerterweise mittlerweile vom Land übernommen, was zu einer dauerhaften Entlastung des Kreishaushaltes führt.

Dennoch werden wir weitere Ganztagsbetreuungsangebote auch für ältere Kinder sowie

Ferienbetreuungen anbieten müssen, um Eltern – insbesondere auch

Alleinerziehenden - schneller die Möglichkeit zu geben, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Unsere Arbeit für Kinder darf sich aber nicht auf die „normale“ Betreuungsaufgabe beschränken. Die Erfahrung zeigt, dass auch bei uns in den Familien immer mehr Probleme auftreten. Wir werden uns in diesem Bereich in Zukunft noch mehr engagieren müssen. Wenn es uns nicht gelingt durch frühzeitige Hilfen eine Trendwende herbeizuführen, werden uns später die negativen Auswirkungen überrollen.

Vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise werden wir mehr investieren müssen in die Integration von Flüchtlingen. Die derzeit in bewundernswerter Weise vorhandene ehrenamtliche Hilfe, ohne die die Aufgaben nicht zu bewältigen wären, darf nicht überstrapaziert werden.

Viele Ehrenamtliche sind am Ende ihrer Kräfte.

Wenn die Integration gelingen soll, müssen wir mehr hauptamtliche Mitarbeiter vor Ort zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zum Straßenbau sagen.

Die Planfeststellung zum vierstreifigen Ausbau der E 233 läuft. Vom Grundsatz her war für die SPD-Fraktion immer klar, dass ein Ausbau dieses Nadelöhrs erfolgen muss. Dies entspricht sowohl den Interessen der Nutzer der Straße, der heimischen Wirtschaft, aber durch Trassenumlegung und Lärmschutz den Interessen der Anlieger. Dabei hätten wir einen dreistreifigen Ausbau favorisiert, der sich aber nicht umsetzen ließ.

Bauchschmerzen haben uns, ich habe das schon im vergangenen Jahr erwähnt, immer die Übernahme der Planungskosten und der Grunderwerbskosten durch den Landkreis bereitet. Wir haben uns dennoch dafür entschieden, da wir nach wie vor davon ausgehen können, dass diese Kosten, die mittlerweile mehrere Millionen umfassen, bei einer Verwirklichung des Bauvorhabens, so zumindest die Auskunft der Verwaltung, erstattet werden. Wir hoffen nur, dass trotz leerer Kassen beim Bund der Ausbau in Angriff genommen wird, und zwar in dem durch die Planfeststellung vorgegebenen engen Zeitrahmen.

Sollte das nicht klappen, hätten wir erhebliche Mittel versenkt.

Wir sind zudem froh darüber, dass wir im Haushalt 2016 wieder viel Geld für den Straßenbau vorgesehen haben. Dies gilt sowohl für die Straßensanierung als auch für das eben beschlossene Straßenverbreiterungskonzept. Dies ist wichtig, um unsere Infrastruktur zu verbessern und unsere Straßen in einem vernünftigen Zustand zu

halten. Denn nichts ist teurer als die Schäden, die durch nicht erbrachte Unterhaltung entstehen, zu beheben.

Meine Damen und Herren!

Unser Landkreis erreicht Top-Positionen, was Wirtschaftskraft und wirtschaftliche Entwicklung angeht. Die Kehrseite der Medaille ist, dass der wirtschaftliche Aufschwung unten nicht ankommt. Beim Lohnniveau, beim Rentenniveau und bei der Frauenbeschäftigungsquote liegt der Landkreis nach wie vor auf Abstiegsplätzen. Es besteht hier massiver Aufholbedarf. Die in den letzten Jahren wieder steigenden Kosten im Sozialhilfebereich sind ein Indiz dafür, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht. Verlierer sind die Geringqualifizierten, deren möglichen Arbeitsstellen von Werksvertragsarbeitern besetzt werden. Das könnte sich durch den Zuzug von Flüchtlingen noch verstärken.

Ein weiteres sich verschärfendes Problem hier ist sicherlich auch, dass kostengünstiger Wohnraum im Landkreis Cloppenburg knapp wird. Vor dem Hintergrund weiter steigender Zahlen von Werksvertragsarbeitern und einer stark steigenden Zahl von Asylbewerbern und Flüchtlingen, die von den Gemeinden untergebracht werden müssen, müssen Lösungsansätze gefunden werden. Der Bau von Flüchtlingswohnheimen allein kann kein Lösungsansatz sein. Wir haben schon im letzten Jahr darauf hingewiesen, dass wir erwarten, dass der Landkreis über seine Wohnungsbaugesellschaft Möglichkeiten entwickeln sollte, Sozialwohnungen zu schaffen. Dazu gehört in erster Linie die Aufstellung eines Wohnraumkonzeptes für den gesamten Landkreis, das die Grundlage für eine Förderung durch die N-Bank ist. Ein erster Anstoß für eine solche Initiative könnte unseres Erachtens sein, dass die Beteiligten an der Wohnungsbaugesellschaft auf die Ausschüttung verzichten, um damit schon Hunderttausende für den Start einer Neubauoffensive zur Verfügung zu haben.

Lassen Sie mich zum Schluss noch zu den Zweckverbänden kommen.

Die Industriegebiete, insbesondere der c-Port laufen, bisher nicht in dem Maße, wie wir es uns das alle erhofft hatten. Das hat schon dazu geführt, dass Barßel und Bösel aus dem Zweckverband ausgeschieden sind. Hier werden sicherlich gravierende Änderungen nötig sein, um die Effektivität der Vermarktung zu steigern und auch um laufende Kosten für den Kreis und für die verbleibende Stadt Friesoythe und die Gemeinde Saterland zu reduzieren.

Als letztes erlauben Sie mir einen Satz zur wohnbaulichen Entwicklung in unseren Kommunen. Das Bild in der Öffentlichkeit wird schon seit Jahren geprägt vom Negativimage der Massen-tierhaltung. Um ein anderes besseres Bild zu erzeugen, wird

es nicht ausreichen, mit einem neuen Logo und mit einem überarbeiteten Leitbild beim OM an den Start zu gehen. Da werden grundsätzlichere Entscheidungen gefordert sein. Wir haben in vielen Ortschaften schon jetzt eine Situation haben, dass wir aufgrund der hohen landwirtschaftlichen Vorbelastungen keine neuen Wohn- oder Gewerbegebiete mehr ausweisen können. Das ist schon schlimm genug. Wenn aber jetzt auch noch die Genehmigungspraxis in bestehenden Ortslagen bzw. ausgewiesenen Baugebieten in Frage gestellt wird, dann brauchen wir den Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ nicht mehr, denn dann haben unsere Dörfer keine Zukunft mehr.

Meine Damen und Herren!

Zurück zum Haushalt 2016.

Sollte die von uns beantragte Senkung der Kreisumlage und die von mir angesprochene Absichtserklärung zur Weitergabe von Überschüssen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz an die Kommunen nicht beschlossen werden, sehen wir uns als SPD-Fraktion gezwungen, den Haushalt abzulehnen.“

Sodann stellte Kreistagsabgeordneter Johann Meyer für die SPD-Fraktion folgende Anträge:

- 1.) Absichtserklärung über die Auszahlung der durch den Landkreis Cloppenburg erwirtschafteten Überschüsse an die Städte und Gemeinden des Landkreises Cloppenburg

- 2.) Senkung der Kreisumlage um 1 Punkt